

Ihm gebührenden Platz angewiesen hat? Wie soll ich es nicht lieben? Dann kam die schauerhafte Tragödie von Denshawai — die öffentliche Durchpeitschung und Hinrichtung von mehreren Bauern, die einige englische Offiziere angegriffen hatten, und lehtin die revolutionären Bewegungen in Persien und der Türkei. Alle diese Ereignisse haben mitgewirkt und die nationalistische Bewegung in Ägypten aufgestachelt, aber erzeugt haben sie sie nicht.

Wer die Verhandlungen auf dem Genfer Kongress verfolgt hat, mußte die Ueberzeugung gewinnen, daß die nationalistische Bewegung in Ägypten siegen wird. Die gesamte intelligente Jugend hat sich ihr angeschlossen, und ihr zur Seite stehen fast sämtliche bestehenden Klassen, die Gutsbesitzer und die Kaufleute. Auch ein gut Teil der Geistlichkeit findet sich in ihren Reihen, wie sogar die Mehrheit der Staatsangestellten. Die beiden Vertretungskörper, der Legislative Rat und die Allgemeine Versammlung, haben in ihrer Session Anfangs dieses Jahres die Forderung noch einer Konstitution einstimmig aufgestellt und selbst der „Genfer von Denshawai“, der Staatsanwalt, der den Prozeß geführt hatte, Helbani Bey, ist lehtin in die nationale Partei eingetreten. Freilich wird England sich alle Mühe geben, um die Herrschaft über das Land zu erhalten. Bereits ist eine Verordnung erlassen, die die Freiheit der Presse beschränkt, und anlässlich mancher Straßendemonstrationen der jungen Studenten kam es zu brutalen Ausschreitungen der Polizei und des Militärs. Klein Ägypten ist nicht Indien, weder sozial noch politisch noch völkerrrechtlich, und der Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit hat dort viel bessere Aussichten und Gelegenheiten als hier. Eines Tages wird Ägypten zweifelsohne seine Selbständigkeit zurückbekommen und den neuen konstitutionellen Staaten des Orients sich angliedern. Somit wird ein neues, bisher gehemmes Land der karitativ-kulturellen Kultur erschlossen und jener Entfaltung der modernen Produktivkräfte zugänglich werden, die allein die Verwirklichung des Sozialismus möglich macht.

Schnapsfragen.

In Leipzig ist der Schnapsboykott beschlossen worden, ohne daß ihm in der Presse oder den Organisationen eine Diskussion vorangegangen war. Die Meinungsverstärkungen kommen daher in einer nachträglichen Diskussion zur Aeußerung. Dabei tritt nicht unbedeutend die Meinung hervor, daß der Schnapsboykott eigentlich ein unüberlegter voreiliger Beschluß sei, der besser nicht gefaßt wäre, und nach dem jedenfalls wegen seiner Zweideutigkeit nicht allzu strenge verfahren werden soll. Nun sind wir keine Buchstabenknechte; wenn ein Beschluß sich in der Praxis als nicht durchführbar erweist, kann man nicht gewalttätig die lebendigen Menschen nach der toten Formel biegen. Aber betont muß dabei werden, daß darin, daß man einen Parteitagbeschluß für verkehrt hält, noch kein Grund liegt, ihn zu mißachten, und daß er nicht bloß für diejenigen gilt, die mit ihm einverstanden sind.

In der Neuen Zeit hat Genosse Mehring den Enthusiasmus, womit der Antrag Löbe ausgenommen wurde, aus der augenblicklichen Physiologie und Psychologie des Parteitages zu erklären gesucht; und er meint, in einem anderen, besonnenen Moment wäre der Antrag nicht so glatt angenommen worden. Das mag stimmen; aber daraus ergibt sich noch nicht, daß der Enthusiasmus Unrecht hatte. Jede neue Kampagne eröffnet Ausblicke, die zur Begeisterung hinreizen, und hat zugleich ihre Schwierigkeiten, die dann leicht zu gering geschätzt werden, in nüchternen, besonnenen Augenblicken dagegen oft so riesengroß erscheinen, daß man an der ganzen Aktion verzweifeln möchte. Die Erkenntnis der Schwierigkeiten ist für die Wahl der Taktik notwendig, aber der Enthusiasmus, der sie gering achtet, ist die Kraft, die große Erfolge erringt.

Nun spielt in der Beurteilung des Schnapsboykotts nicht nur der sozialistische Standpunkt, sondern auch der Standpunkt zur Alkoholfrage stark mit. Natürlich besteht bei der Masse der Genossen, die den Sozialismus theoretisch und praktisch kennen, in der Hauptsache keine Uneinigkeit. Wir sind einig darin, daß die Hauptursache des Schnapsmißbrauchs in der kapitalistischen Ordnung, namentlich in den Arbeitsverhältnissen liegt; und auch darin, daß die Praxis der Arbeiterbewegung am wirksamsten den Alkoholismus zurückdrängt. Auch darüber, daß der Alkohol nicht nützlich, sondern schädlich für den menschlichen Organismus und namentlich für die Arbeiterbewegung ist, wird es unter uns keine Meinungsverstärkungen geben; denn keiner wird den Arbeitern raten, sich durch einen Schnaps zum besseren Verständnis eines Vortrages vorzubereiten, und bei großen Streiks wird der Alkohol sofort mit dem Bann belegt. Aber trotz dieser Uebereinstimmung in der Hauptsache wird der Abstinenten der Alkoholgebrauch mit andern Augen angesehen als der, der ihn als harmloses Genußmittel betrachtet, und daraus ergibt sich dann von selbst eine andere Stellung zum Schnapsboykott.

Denn der Schnapsboykott ist nicht bloß eine Steuer- verweigerung. Wäre er eine einfache Steuer- und Liebesgabenverweigerung, dann könnte er schwerlich als nur-moralische Empfehlung für die Parteigenossen gelten, die zu befolgen jedem nach eigenem Ermessen überlassen wird. Gewiß hat der Gedanke, den Junkern einen Teil ihres Raubes aus den Taschen zu jagen, den Anstoß zu dem Leipziger Beschlusse gegeben. Aber für eine wirtschaftliche Schädigung der Junker allein, oder für eine Abwägung der Steuern in einer anderen Form, z. B. eines Tabak- oder Fleischboykotts, wäre nicht dieser Enthusiasmus aufgefammt. Der Gedanke an die schweren geistigen und moralischen Schäden, die der Schnaps den Arbeitern zufügt, hat nicht weniger zum Beschlusse mitgewirkt. Nicht nur die Junker als Volksberauben, sondern auch als Volksvergifter wollen wir treffen; nicht nur ihre Beute, sondern auch ihre Opfer wollen wir ihnen entreißen.

Deshalb liegt auch das Schwergewicht des Beschlusses in den Massen außerhalb der Partei. Mit Recht wies Genosse Mehring darauf hin, daß ein Schnapsboykott, woran sich nur die Parteimitglieder beteiligen, den Junkern nicht weh tun würde. Denn die schnapskonsumierenden Massen werden von den Arbeitern gebildet, die noch am wenigsten von der Arbeiterbewegung berührt sind, und von den bürgerlichen Schichten, auf die wir gar keinen

Einfluß haben. Das muß auch besonders gegenüber den Wortführern der Abstinenten betont werden, die sich entweder dem Glauben hingeben, der Beschluß bedeute für jeden Genossen den Zwang zur Abstinenten bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei, oder die, wenn sie darin des Besseren belehrt werden, den ganzen Beschluß als wertlos betrachten. Die Partei hat auch bei anderen Gelegenheiten moralische Pflichten für ihre Mitglieder ausgesprochen, ohne diese durch eine bindende Vorchrift gewaltsam zu erzwingen. Eine Partei, die für ein bestimmtes ökonomisches Ziel kämpft, wird die Verpflichtungen, die für ihre Mitglieder bindend sein sollen, immer auf das kleinste Maß beschränken, was zur gemeinsamen Aktion direkt notwendig ist, und da draußen der Freiheit des einzelnen den weitesten Spielraum lassen. Diese weitgehende Toleranz liegt im Wesen unserer Partei. Und die Erfahrung hat auch gezeigt, daß eine deutliche Grundhaltung ihres Standpunktes in einer Parteitagsresolution auf die Dauer eine größere und tiefere Wirkung ausübt als ein formelles Zwangsgebot.

Der Leipziger Beschluß bedeutet keine Einmischung in unser Privatleben, sondern eine Richtlinie für die Parteimitglieder. Hat er einen Sinn, so kann es nur dieser sein, daß unter der ganzen Arbeiterklasse eine energische Agitation für den Schnapsboykott entfacht wird. Mehr als bisher soll in unserer Aufklärungsarbeit unter den rückständigsten Massen der Kampf gegen den sie verdummenden und verflachenden Alkoholismus betont werden. Die oft gehörte Ansicht, eine besondere Bekämpfung des Alkoholismus sei unnötig, da die wirtschaftlichen Verhältnisse, in diesem Fall die Arbeiterbewegung, ihn von selbst eindämmen, zeugt von Doktrinarismus. Dann könnte man gerade so gut die gewerkschaftliche und die sozialistische Agitation für überflüssig erklären, da der Kapitalismus von selbst zur Organisation treibe. Alle gesellschaftlichen Kräfte wirken nur vermittelt der Menschen. Ausschüt auf Erfolg hat aber ein solcher Kampf nur, wenn er als Teil des großen Klassenkampfes auftritt. Ein Kampf, der sich zugleich gegen die politische Unterdrückung durch die Junker und gegen die Vergiftung durch den Junkerschnaps richtet, wird in beiden Punkten einen besseren Erfolg haben. Die Wirkung auf die Agitatoren wird dabei kaum geringer sein als auf die Hörer; die uns zur Pflicht gemachte Agitation für den Schnapsboykott in den breiten Massen wird mehr als irgendein Verbot die Reste des Schnapsgebrauches innerhalb der Partei beseitigen.

Der Leipziger Beschluß darf daher weder als zweideutig noch als unbesonnen und verkehrt betrachtet werden. Wenn der Schnapsboykott die Junker auch nicht rasch zum wirtschaftlichen Bankrott bringt, so dürfen diese darüber noch nicht frohlocken. Der geistige Gewinn ist für uns der wichtigere, und jede Zurückdrängung des Schnaps- teufels bei den verelendeten Sklaven des Kapitals wird den politischen Bankrott der Junker beschleunigen.

Generalversammlung der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.

Zu der am Dienstag, den 30. November, im großen Saale des Volkshauses abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Ortskrankenkasse hatten sich 50 Vertreter der Arbeitgeber und 313 Vertreter der Kassennmitglieder eingeschrieben. Nach einer kurzen Uebersicht über die seit dem 1. Januar d. J. stattgefundenen Vorstand- und Kommissionsgeschäften, die Mitgliederbewegung, die Krankenprognosen usw. gab der Vorsitzende Pollender eine Schilderung der Wirksamkeit der nun 25 Jahre bestehenden Krankenversicherung.

In Leipzig traten 1884 18 verschiedene Ortskrankenkassen und 1 Gemeindeversicherung ins Leben. Diese Proliferation zeitigte aber Unzulänglichkeiten der mannigfachen Art. 1885 wurde deshalb zunächst ein Kasserverband gegründet, der die Geschäftsführung sämtlicher Kassen in die Hand nahm und mit logischer Konsequenz ergab sich aus dieser Verbesserung die völlige Verschmelzung der Einzelkassen zu einer gemeinsamen Ortskrankenkasse, die am 1. Januar 1887 ins Leben trat. Der erhoffte Erfolg der Verschmelzung ist nicht ausgeblieben. Der 10 Jahre später erschienene Sammelbericht besagt hierüber:

Die Krankheitsgefahren verteilen sich bei einer großen Klasse auf dreiere Schichten der Bevölkerung, was besonders wichtig ist bei Epidemien oder bei Krankheitsarten, die in gewissen Berufs- oder Altersklassen zeitweise epidemisch eintreten, und vor allem ist auch die Leistungsfähigkeit der Klasse nach jeder Richtung hin in feste und dauerhafte Weise gelenkt.

Von Anfang an stehen übrigens in den Diensten der Leipziger Krankenversicherung bis heute nicht nur 2 Beamte, sondern auch 20 Leipziger Ärzte, mehrere Apotheker, Bandagisten, Masseure usw. Mit 20 583 Mitgliedern war die gemeinsame Ortskrankenkasse ins Leben getreten, am 1. Oktober 1900 betrug ihre Zahl 177 353, wovon 122 000 auf das männliche Geschlecht und 55 000 auf das weibliche Geschlecht entfallen. Unter der ausschlaggebenden Mitwirkung der Arbeiter in der durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer geleiteten Selbstverwaltung sind die Leistungen der Kasse weit über das gesetzliche Mindestmaß gestiegen.

Von 1884 an bis 1900 belief sich die Gesamteinnahme auf über 78 Millionen, die Gesamtausgabe auf über 72 Millionen, so daß ein Vermögensbestand von rund 4 Millionen Mark verblieben ist. Der Jahresetat für 1900 wird voraussichtlich in Einnahme und Ausgabe mit rund 7 Millionen Mark bilanzieren. Seit Bestehen der gemeinsamen Ortskrankenkasse, also seit 1. Januar 1887, waren bis Ende 1900 1 050 912 Fälle erwerbsunfähiger Krankheit mit insgesamt 22 200 402 Krankheitstagen zu verzeichnen. Die Aufwendungen für Kruthonorar belaufen sich von Anfang an auf 14 878 180 Mk. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Kassennärzte im Kassengebiet 321; daneben hat die Kasse zurzeit noch mit 104 auswärtigen Ärzten über die Behandlung von Kassenpatienten Vereinbarungen getroffen. Die Zahl der seit 1880 bis 1900 in den Heimstätten behandelten Fälle beläuft sich auf insgesamt 22 054 mit 573 520 Verpflegungstagen. Gegenwärtig steht die Kasse mit 58 im Kassengebiet gelegenen Apotheken im Vertragsverhältnis, daneben sind noch mit 30 auswärtigen Apotheken Vereinbarungen getroffen. Für die Behandlung der Kassennmitglieder in geschlossenen Krankenanstalten stehen zur Verfügung 6 Krankenhäuser, 42 Privatkliniken und 18 auswärtige Kurorte, in welsch letzteren die Mitglieder der Leipziger Ortskrankenkasse Vergünstigungen genießen. Ferner sind für die Behandlung der Kassennmitglieder gegenwärtig zugelassen 22 Wälder, 17 Masseure und 22 Masseusen. Außer mit 34 Mitgababestellen steht die Kasse noch mit 87 sonstigen Lieferanten in Verbindung. Zur Auszahlung des wöchentlichen Krankengelds sind im Stadtgebiet 8 Filialstellen errichtet. Zur Empfangnahme der An- und Abmeldungen sind im Kassengebiet 50 Meldestellen vorhanden.

Außer den geräumigen Kassenlokale in den Gebäuden an der Gellertstraße und der Querstraße befinden sich im Besitz der Kasse noch die ehemaligen Beratungsanstalten in der Sophienstraße, in der Karl-Heine-Straße zu Altona und in der

Böhmestraße zu Gohlis. Mit dem 1. Januar 1910 wird auch das Erholungsheim für Nerventränke zu Naunhof in den Besitz der Kasse übergehen.

Diese gewaltige Ausdehnung des Wirkungskreises der Leipziger Kasse war nur denkbar bei der erstelsten Zentralisation im Leipziger Krankenversicherungswesen, die bis zu 90 Prozent aller versicherungspflichtigen Arbeiter durchgeföhrt worden ist, denn neben der Leipziger Ortskrankenkasse bestehen im Stadtgebiet nur noch 14 Betriebskrankenkassen mit insgesamt 13 554 Mitgliedern und 5 Innungskrankenkassen mit insgesamt 6265 Mitgliedern. Mit dem 1. Januar 1910 wird übrigens eine der 14 Betriebskrankenkassen, nämlich die Brandtlersche, mit 570 Mitgliedern in die Ortskrankenkasse aufgehen.

Das Arbeitsgebiet der Kassenverwaltung ist aber noch ein erheblich größeres als bisher schon angedeutet. Bekanntlich ist die Leipziger Kasse auch Organ der Landesversicherungsanstalt Anhaltreich Sachsen und sie vertrat als solche von 1861 bis 1908 an Beiträgen die Summe von 33 025 234 Mk. Auf Grund des § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes wurden seit 1897 bis 1908 11 108 Anträge zur Uebernahme eines Selbstvermögens gestellt. Ferner wurden seit 1893 bis 1908 Rentenbewilligungsanträge gestellt auf Invalidenrente 10 701 und auf Altersrente 1976. Anträge auf Milderung von Beiträgen wurden gestellt 32 543 anlässlich der Eingehung einer Ehe und 4120 anlässlich des Ablebens von Versicherten.

Dies gewaltige Arbeitsgebiet der Kassenverwaltung wird gegenwärtig mit 850 Beamten bearbeitet. Außer dem Vorstand haben ferner noch etwa 300 freiwillige Krankensucher, an deren Spitze die sogenannte Sanitätskommission steht, eine regelmäßige Tätigkeit im Dienst der Kasse aus.

Anlässlich des Vorkommens des Tages, an dem die Krankenversicherung 25 Jahre besteht, hat der Kassenvorstand in Erinnerung gezeigert, den Kassennbeamten abermals eine Gehaltsaufgabe zu gewähren. Es konnte aber auf die Verwirklichung dieses Gedankens nicht zugeworfen werden, ohne zugleich auf eine Erhöhung der Kasseneinnahmen Bedacht zu nehmen, zumal auch verschiedene andre neuere Anforderungen an die Kasse herantreten.

Der Vorsitzende gebietet hierauf das Erholungsheim für männliche Nervöse in Naunhof, der mit einem Kassennarzt getroffenen Vereinbarung über Einweisung weiblicher Nervöse in das von ihm in Dorsdorf errichtete Heim, berührt eine Differenz des Kassenvorstands mit dem Gewerkschaftsartell hinsichtlich der seinerzeit veranstalteten Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und tritt nach weiteren Mitteilungen über eine vom Gesundheitsamt des Rats der Stadt Leipzig vorgenommene Revision der Bureauräume, die zu Erinnerungen Anlass nicht gegeben hat, in die eigentliche Tagesordnung ein. 1. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. Von seiten der Arbeitgeber wurden einstimmig die Herren Magnus und Generaldirektor Brück als Mitglieder bzw. als Stellvertreter gewählt; von seiten der Kassennmitglieder ebenfalls einstimmig die Herren Streck und König als Mitglieder, Herr Bergl als Stellvertreter gewählt.

2. a) Bericht des Finanzausschusses. Diesen erstattet Herr Littmann als Vorsitzender des Ausschusses. Danach betragen die voraussichtlichen Einnahmen im laufenden Jahre etwa 6 978 000 Mk., die Ausgaben 6 928 000 Mk. Der Ueberschuss kann daher mit 50 000 Mk. angenommen werden. Weiter verbreitet sich Herr Littmann über die einzelnen Kapitel der Einnahmen und Ausgaben, über das Gesamtvermögen der Kasse und die Vermögensanlage.

b) Bericht des Verfassungsausschusses. Herr Reinhardt, der den Bericht erstattet, gibt nähere Angaben über die Anzahl der Fälle, in denen gemäß § 50 des Krankenversicherungsgesetzes von Arbeitgebern die entstandenen Krankheitsauswendungen infolge unterlassener Anmeldepflicht zurückzuführen gewesen sind, und über die Art der Erledigung, über die Arbeitgeber, gegen die gemäß § 82 b des Krankenversicherungsgesetzes wegen Nichtablieferung der Beiträge bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet worden ist, über deren Bestrafungen, über die Verleumdungsakten, in denen freiwillige Krankensucher in Ausübung des Dienstes beleidigt worden sind, und erwähnt schließlich die Namen der gewählten Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten für den Rest der unteren Verwaltungsbehörde für die nächsten fünf Jahre.

c) Bericht des Sanitätsausschusses. Herr Schmidt als Vorsitzender des letzteren berichtet, daß die Angelegenheiten des Ausschusses in 38 Sitzungen erledigt worden seien; diese Angelegenheiten waren verschiedenster Art: Zulassung von Masseuren, Bandagisten, Krzten, Beschwerden gegen letztere von Kassennmitgliedern usw. Zu dem Bericht bringt Herr Scheibner eine Beschwerte des Mitgliedes Hermann Misse über nicht befriedigende Gewährung eines künstlichen Zahn- ersatzes und die vorausgegangene Untersuchung durch den Verordnetenarzt vor. Auf Grund der Akten gibt der Vorsitzende aufzuführenden Bericht, wodurch sich die Sache erledigt.

Herr Wittig erstattet in der Uebersicht über die Erledigung für die Kassennmitglieder durch Abgabe der Meldekarten in den Meldestellen usw. herbeizuföhren und zu gestatten, daß der Besuch der Erholungsstätte Naunhof durch die Generalversammlungsvorsteher erfolgen kann. Der Vorsitzende sagt bezüglich des ersten Punktes Verleumdung zu; auf den andern Punkt werde in der nächsten Generalversammlung zurückgekommen werden.

Zu dem vom Vorsitzenden am Eingange der Versammlung gemachten Mitteilung bezüglich der Differenz des Kassenvorstands mit dem Gewerkschaftsartell in der Anstellungsfrage befaßt sich Herr Amorn die Stellungnahme des Kassenvorstands, was dem Vorsitzenden die Veranlassung zu einer längeren Erörterung und Rechtfertigung gibt. Herr Ehrlich beantragt Uebertragung zur Tagesordnung. Der Antrag wird angenommen.

Herr Littmann nun wendet sich gegen die vom Vorsitzenden event. in Aussicht gestellte Erhöhung der Beiträge, gegen die er als Vertreter der Arbeitgeber mit Rücksicht auf die den letzteren durch den vorliegenden Entwurf der Reichsversicherungsordnung auferlegten Mehrbelastungen protestieren müsse.

Herr Hilgenberg wünscht die Zulassung der Droguisten in der Lieferung der Arzneien. Der Vorsitzende verweist auf die mit den Apothekern vereinbarten Verträge, die zunächst eine Verleumdung des Wunsches nicht zulassen, doch werde der Kassenvorstand in eine abermalige Erörterung dieser Frage eintreten.

Nachdem Herr Kühler gegen die Verschreibeweise der Medizin ohne ärztliche Untersuchung gesprochen und Herr Wittig zu den Ausführungen des Herrn Littmann über die Beitragsbefreiung im Sinne der Arbeiter Stellung genommen hat, erfolgt Schluß der Versammlung.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse Leipziger Metallarbeiter.

II.

In den Werkzeugmaschinenfabriken waren Betriebe vorhanden 1907: 25 mit 1139, 1908: 25 mit 974 Arbeitern. Es ist also auch hier ein Rückgang von 104 Arbeitern zu verzeichnen. 1907 beschäftigten bis zu 25 Arbeiter 11 Betriebe, 20—100 Arbeiter ebenfalls 11 und 101—500 Arbeiter 3 Betriebe, 1000 beschäftigten bis zu 4 Arbeiter 14 Betriebe, 20—100 Arbeiter 9 Betriebe, 101—500 Arbeiter 2 Betriebe. Einen Rückgang in der Arbeiterzahl hatten 13 Firmen und zwar zusammen mit 233 Arbeitern; eine Zunahme hatten 3 Firmen mit zusammen 29 Arbeitern. Bei der Firma Bittler (Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik in Wahren) war die Zahl der Arbeiter im Vorjahre bis auf 150 gefallen, beträgt aber gegenwärtig wieder 270.